

II- 75 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 58/J

1987-02-24

A N F R A G E

der Abgeordneten DR. GUGERBAUER, HAUPT, HAIGERMOSEN
an den Herrn Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie
betreffend Abfallvermeidung durch 1 Liter-AF-Normflasche für
Getränke

Bereits Anfang der Siebzigerjahre warnten freiheitliche Kommunalpolitiker vor der schweren Umweltbelastung durch die verstärkte Tendenz der Getränkeindustrie, von Pfandflaschen auf Wegwerfgebinde umzusteigen. Ein im Wiener Gemeinderat eingebrachter Antrag, der Abwehrmaßnahmen gegen diese Verpackungsflut enthielt, wurde von den Vertretern der beiden Großparteien abgelehnt.

Das von Handelsminister Staribacher ventilierte Verbot von Einwegverpackungen, insbesondere Kunststoffflaschen, wurde von der kunststoffverarbeitenden Industrie mit dem Arbeitsplatzargument bekämpft. 1978 wurde eine - vom Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie geförderte - Studie ausgearbeitet, die den Nachweis zu erbringen versuchte, daß Kunststoffabfälle im Hausmüll den Müllberg nicht vergrößern, sondern umweltfreundliche "ausbaufähige Energieträger" seien. Empfänger der Subvention war laut Subventionsbericht 1977 der Fachverband der Chemischen Industrie Österreichs im Wege der Bundeswirtschaftskammer.

1982 übernahmen sozialistische Politiker die freiheitlichen Forderungen nach Eindämmung der Wegwerfverpackungen und schlugen eine "Wegwerfsteuer" für Einwegflaschen und Aluminiumdosen vor. Diese Absichten wurden auf dem sogenannten "Verpackungsgipfel" im September 1982 von den Vertretern der Bundeswirtschaftskammer durchkreuzt, die sich plötzlich nicht mehr zum Sprecher der Kunststoffindustrie, sondern des Lebensmittel-Einzelhandels machten, dem angeblich die Manipulation mit Pfandflaschen nicht zuzumuten sei, obwohl z.B. mit der Bier-Euroflasche eine sehr praktikable Lösung gefunden worden ist.

- 2 -

Angesichts der Verpackungslawine unternahm schließlich Handelsminister Steger im Zuge der Umweltoffensive der sozialliberalen Bundesregierung den Versuch, die Umstellung auf die 1 Liter-AF-Normflasche mittels Förderungen durchzusetzen.

Die Anfragsteller verweisen in diesem Zusammenhang auf die bereits in 9 Bundesstaaten der USA geltenden "bottle bills" und die in den skandinavischen Ländern bestehenden Pfandregelungen und interessieren sich für die weitere Vorgangsweise des Ressorts in Richtung Abfallvermeidung.

Daher richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie die

A n f r a g e :

1. Mit welchen Beträgen wurde die Umstellung auf die Normpfandflasche von Ihrem Ressort gefördert?
2. Welche tatsächlichen Effekte hatte diese Förderungsaktion?
3. Warum kam die 1 Liter-AF-Normflasche bisher nicht voll zum Einsatz?
4. In welchen Bereichen soll seitens Ihres Ressorts die Anwendung der 1 Liter-AF-Normflasche durchgesetzt werden?
5. Welche sonstigen Maßnahmen zur Abfallvermeidung werden von Ihrem Ressort kurz-, mittel- und langfristig geplant bzw. durchgeführt?